

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

86 (18.4.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

<p>Erchein täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 8.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Mk. 8.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 595.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 595.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adreßstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Adonia“ in Karlsruhe, Adreßstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Korrespondenz: für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Babst; für die Unterhaltungs- beilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Germann Wahler in Karlsruhe.</p>	

Deutscher Reichstag.

65. Sitzung.
Berlin, 18. April 1910.

Beginn der Sitzung 11 Uhr.
Am Bundesratsitz: Bernuth, Dernburg, Kräfte.
Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichs-
haushaltsgesetzes. Der Gegenstand regelt die Frage
der Weitaufhebung des Reiches zu den Staats- und Ge-
meinschaften.

Abg. Wunstermann (Frp.) erklärt die Zustimmung
seiner Fraktion mit dem Antrage auf Ueberweisung
an die Budgetkommission.

Abg. Eröber (Ztr.) nimmt gleichfalls in der
Sache zu, nimmt aber grundsätzlich einen der Vor-
lage entsprechenden Standpunkt ein. Er will von feinen
föderativen Standpunkt aus den Einzelstaaten das
Bewehrungsrecht grundsätzlich geben, ohne daß es von
der Zustimmung des Reiches abhängig sein soll.

Reichsfinanzminister Bernuth: Wir haben bei die-
ser Vorlage ein völlig gutes Gewissen, denn wir ver-
folgen mit ihr nur praktische Zwecke. In der Hauptsache
soll die Weitaufhebung der Reichsfinanzverwaltung
für Reichsvereine, Betriebe, Was die Bewehrungs-
des Entwurfes über Erbschaftsteuer anlangt, so
wollen wir auch die gesetzlich geregelten Zuschüsse ein-
ziehen lassen. Da Zweifel aufgetaucht sind, so stelle ich
noch ausdrücklich fest, daß eine Steuerfreiheit von Kan-
tinen und Zigarrenfabriken nicht beabsichtigt ist. Der
Entwurf will jedenfalls im Wesentlichen nicht nehmen,
sondern geben, daran ist kein Zweifel.

Abg. Hühorn (Frp.): Auf Einzelheiten des Ent-
wurfes gehe ich nicht ein. Das wird ja in der Kommission
geschehen. Durchaus richtig ist, daß das Reich zu allen
Grundbesitzsteuern, den Real- und den Grundbesitz-
steuer, übertragungssteuer, Besondere sind aber
zu erheben gegen die Begrenzung der kommunalsteuer-
ung des Reiches auf Orte, wo die Arbeiter der Reichs-
betriebe mit ihren Angehörigen mehr als 10 Prozent der
Bevölkerung ausmachen und ebenso Besondere gegen den
Kriegsbeitrag der Reichs- und Armenlasten, die dabei
zur Erhebung resp. zur Verrechnung gelangen sollen.
Auch einige weitere Mängel werden in der Kommission
zu prüfen sein.

Abg. Heine (natl.): Im Wesentlichen sind meine
Freunde mit dem Entwurf einverstanden. Ebenso wird
die schon von Vordere angeregte Frage zu erörtern
sein, ob nicht auch Militärpersonen wegen der von ihnen
betankelten Volksschulaffen bei der Verrechnung zu be-
trachten sind.

Abg. Emmel (Soz.): Mit dem Grundgedanken der
Vorlage sind wir einverstanden, aber der Entwurf ist
kein gangbarer Weg. Vor allem muß auch einmal mit
dem Kommunalsteuerprivileg der Militärpersonen ge-
brochen werden. Gerade auch Offiziere haben ja von den
Kommunal-Schulaffnungen Vorteile.

Abg. Nischosen (konj.): Wir beantragen Ver-
weisung der Vorlage an die Budgetkommission. Jeden-
falls ist notwendig, daß die Unterbringung der sogenann-
ten Klassensteuern endlich gesetzlich geregelt wird.
Der § 5 über die Voraussetzungen für den Reichszuschuß
steht meines Erachtens das Richtige. Ob die Abführung
für die Verrechnung des Zuschusses ebenfalls das Richtige
trifft, das wird allerdings in der Kommission zu prüfen
sein.

Abg. Vonderweber (Ztr.) wendet sich dagegen,
daß die Freiheit des Reiches von allen zur Erhebung ge-
hörigen Staatssteuern auch auf Erbschaftsteuer (wo
über die Reichsvereine zur staatlichen Grundsteuer
herangezogen werden) ausgedehnt werden soll. Der § 4
des Entwurfes sage nun zwar, daß in Erbschaftsteuer
die Verpflichtung der Erbschaftsteuerpflichtigen zu
Örtlich-Verwaltungsgebühren (sog. Kasernierungs-Kosten-
beiträge) aufgehoben werden sollen. Das sehe aus wie ein
Gesetz, wie eine Entschädigung an Erbschaftsteuer
für den Verlust des Rechtes zur Besteuerung des Reiches.
Aber das sei nur Schein, denn rechtlich bestreite die im
§ 4 enthaltene Verpflichtung gar nicht mehr. Es sei das
durch Gerichtsentscheidungen anerkannt.

Abg. Humann-Söfer (Frp.) hält die Vorlage
für vollkommen. In ihr würden die berechtigten Inter-
essen der Einzelstaaten und Gemeinden durchaus gewahrt,
vielleicht abgesehen von Einzelheiten, über die man sich
noch in der Kommission unterhalten werde.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Becker-König
(Ztr.) geht die Vorlage an eine Kommission.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfes
betreffend die Aufhebung der Erbschaftsteuer. Der
Entwurf verlangt einen Kredit von nahezu 24 Millionen
Mark zur Deckung erfolgter Mehrausgaben. Außerdem
gehört er für die Verwaltungskontrolle der Ausgaben
des Reiches (§ 3). Ferner soll nach § 4 eine Prüfung und
Kontrolle der Verwendung der in das Aufwandsgebiet ge-
langten oder dort beschafften Gegenstände nur insoweit
stattfinden, als besondere Verhältnisse dazu Anlaß
geben.

Abg. Eröber (Ztr.): Dieser § 4 erregt bei uns
starke Bedenken. Wir geben zu, daß eine Kontrolle der
Ausgabenverwendung in der Kolonie sehr schwierig sein
mag, aber über das in der Heimat oder überhaupt außer-
halb beschaffte Material muß doch eine genaue Kontrolle
möglich sein. Ferner weist Redner auf verschiedene Ge-
man den Steuerabgaben schuldig, auf einer genauen Kon-
trolle zu bestehen, um nicht, als jetzt in der Kredit-
kommission. Beispielsweise muß nun das ja alles werden, da
der als Kriegsgeld herausgab ist. Gaben wir alle
den guten Willen, so schaffen wir in der Vorlage einen
§ 6 des Inhalts: Die Staaten tragen die Befugnisse,
die den Vorteil von dem Reiche gehabt haben, so z. B. die
Kolonialgesellschaft für Südwest-Afrika. Also schaffen wir
einen solchen § 6, erst dann wird das Gesetz marschieren.
Abg. G. r. k. (natl.): Der Gedanke, die Gesellschaften

mit heranzuziehen, ist nicht ohne weiteres von der Hand
zu weisen, doch wird es schwer durchführbar sein.

Staatssekretär Dernburg: Der Entwurf bedarf
sein Entschließen einer Inangriffnahme der Rechnungs-Kommission.
Es ist wohl anzunehmen, daß mit den 27 Millionen
alles ausgeglichen wird, daß wir also mit einer weiteren
Forderung nicht mehr werden zu kommen brauchen, zu
untersuchen, ob alles, was von hier geliefert und von Argentinien
(Ferde) bezogen worden ist, auch wirklich an die
richtige Stelle gelangt ist. Die Gebühren-Ueberhebungen
haben sich im allgemeinen aufgelöst. Der Saldo über-
schreiten sie nicht die Summe von 25 000 Mark. Die
ganze Angelegenheit können wir ja in der Kommission
klären. Ich werde jedenfalls allen Vorschlägen meine
Aufmerksamkeit zuwenden, die angehen, das Reich zu
entlasten. (Bravo.)

Abg. Stolle (Soz.) bemängelt die Art der Rech-
nungslegung über die Ausgaben für Südwestafrika und
die Gleichgültigkeit, mit der der Staatssekretär der Frage
der Verwendung des Materials gegenüberstehe. Man
wolle den Betrag, der in weitem Umfange geübt worden
sei, mit dem Mantel der Siebe zudecken.

Staatssekretär Dernburg: Ich muß gegen diesen
groben Vorwurf, den der Redner in so leichtfertiger
Weise ausgesprochen hat, auf das schärfste Verwahrung
einlegen. (Weiß.)

Abg. Götze (fr. Rp.): Es ist richtig, daß Herr
Stolle ein Mißverständnis unterlaufen ist und daß
seine Angriffe gegen die Kolonial-Verwaltung unbedeu-
tend sind. (Hört, hört!) Natürlich handelt es sich hier
um ein Ausnahmefall, aber die guerre, comme à la
guerre. Da kann man nicht nachsehen, wo alles ge-
hört ist.

Abg. Eröber (Ztr.): Wären Unteranschlagungen
vorgelommen, hätte die Regierung gar nicht den Mut
gehabt, diese Vorlage einzubringen. Herr Stolle war also
hier völlig im Irrtum.

Abg. Stolle (Soz.): Mein Verlangen nach genauer
Abrechnung war gerechtfertigt.

Abg. G. r. k. (natl.): Der Redner handelt leicht-
fertig, denn er hat seinen schweren Vorwurf nicht be-
weisen können.

Hierauf geht die Vorlage an die Budget-Kommission.
Es folgt die erste Lesung der Fernsprech-Gebühren-
ordnung.

Staatssekretär Kräfte: Die Vorlage hat nicht
überall Billigung gefunden, aber sie entspricht den Wün-
schen der Mehrheit dieses Hauses. Man hat sie in der
Presse und in Versammlungen abfällig kritisiert. Man
hat ihr nachgesagt, daß sie den Verkehr erschwere. Das ist
aber unrichtig. Wir wollen nur gewisse Auswüchse be-
seitigen.

Hierauf erfolgt Vertagung. Montag 12 Uhr Reichs-
Verfassungsordnung. Schluß halb 5 Uhr.

Badischer Landtag.

Unterredigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist unterjagt.
Zweite Kammer.
63. öffentliche Sitzung.
B.Z.K. Karlsruhe, 16. April 1910.

Verchiedene Petitionen werden an die entspre-
chenden Kommissionen verwiesen. Auf der Tages-
ordnung steht die Fortsetzung der Beratung über
den Gesetzesentwurf, die Abänderung des
Einkommensteuer- und Vermögenssteuergesetzes betr.
Das Wort erhält

Abg. Neuhans (Ztr.), der die Notwendigkeit einer
Änderung begründet mit der Kompliziertheit und
Unübersichtlichkeit der bisherigen Steuerordnung.
Der vorgeschlagene Steuertarif beseitigt diese
Mängel. Nach demselben sollen die Einkommen
unter 900 Mk. nach wie vor frei bleiben, von 900
Mark sollen 0,6 Proz., von 1200 Mk. 1,12 Proz.,
von 3000 Mk. 2 Proz., von 20 000 Mk. 4 Proz.,
von 100 000 Mk. 5 Proz. erhoben werden. Das alte
Wort, daß mit jeder Steuerreform auch eine Steuer-
erhöhung verknüpft sei, bewahrheitet sich auch heute
wieder; die jetzige ergebe ein Mehr von etwas über
2 Millionen Mk. Am Ganzen kommen auf den Kopf
bei uns 10 Mk., in Preußen nur 8 Mk. In Preußen
seien die Ertragssteuern in 16 Jahren um 120 Proz. ge-
stiegen, bei uns ist dieser Prozentsatz innerhalb zehn
Jahre erreicht worden. Die direkten Steuern sind
bei uns in der Zeit von 1900—1910 von 15 Mill.
auf über 30 Millionen gestiegen, die indirekten von
18 Millionen auf 17 Millionen gesunken.

Die Erhöhung der Einkommensteuer kann als
eine Eisenbahnsteuer bezeichnet werden, da unsere
Bahnen sich nicht rentieren und wir mit gewaltigen
Schritten in die Anlehenspolitik hineingeraten.

Mit der direkten Steuer allein sei es nicht mög-
lich, auszukommen; über 5 Proz. könnte man aber
mit Rücksicht auf die anderen Staaten andererseits
nicht hinausgehen. Zu feinen Anträge bemerkt
Redner, daß das Ziel gewesen, womöglich den
gleichen Betrag herauszubringen, wie er von der
Regierung in der Budgetkommission festgestellt wor-
den. Nur eine Verschiebung des Tarifs zu Gunsten
der Schwächeren sei das Ziel. Der Mittelstand mit
Einkommen von 1400—3000 Mk. werde zu stark ge-
troffen, da bei ihm die Erhöhung von 15—21 Proz.
betrage. Nach unserem Antrag solle sie nur 5 bis
8 Prozent betragen. In Rücksicht auf die sozialen
Verhältnisse hoffe er auf Annahme seines Antrages,
da ja die 2 Millionen Mehreinkünfte erreicht
würden.

Ministerdirektor Göller setzt den Standpunkt
der Regierung in Kürze auseinander und wendet sich
gleich zum Steuerarar. Für die Höhe des vorgeschla-
genen Tarifs war ausschlaggebend die finanzielle Lage
unseres Landes; 2 200 000 Mk. hätte es gegeben nach
dem Regierungsvorschlag. Die Rücksicht auf die sozial.
Verhältnisse habe die Regierung zu Zugeständnissen
gebracht, namentlich zu einer Ermäßigung von 50
Pfennig für die vier untersten Stufen. Das mache
ein Weniger von 111 000 Mk., die anderen Zugestän-
nisse machen etwa 150 000 Mk., sodas 300 000 Mk.
rund weniger, also bloß 1,9 Millionen Mk. ergibt
würden.

Zu dem Antrag Neuhans und Gen., der die Oberen
mehr belaste, wolle er rund heraus sagen, daß er un-
annehmbar sei für die Regierung. Man dürfe die
Oberen nicht noch mehr treffen, da diese 6300 Per-
sonen mit über 10 000 Mk. Einkommen 46 Prozent
des Gesamtvermögens zu tragen haben. Andere
Stände seien darauf angewiesen, daß reiche Leute sich
in ihnen niederlassen. Jede man sie zu sehr, so
ziehen sie weg. Man dürfe den Wagen nicht über-
spannen, sondern es müsse Vorzicht walten. Die
Zahlen des Herrn Neuhans könne er im Augenblick
nicht nachprüfen, eine bedrückende Belastung liege
im Vorschlag der Regierung nicht. Weber die Er-
leichterung für die Hilfsbedürftigen, wie sie der Zen-
trumsantrag antrage, lasse sich reden. Redner bittet
um Ablehnung des Zentrumsantrages und Annahme
des Kommissionsantrages.

Nach einer sehr erregten Debatte über einen
Zwischenruf Neuhans: „Vor Tages las man anders“
— er meinte, es sei in der Kommission nichts von
einem „unannehmbar“ gesprochen worden, während
die Regierung und die Blockleute wenigstens dem
Sinn nach das in der Kommission ausgesprochen
bzw. verstanden haben wollten — und nach einer
streifen Erklärung des Regierungsvortreters, daß
der Zentrumsantrag für die Regierung absolut
„unannehmbar“ sei, erhält das Wort

Abg. Süßkind (Soz.): Er spricht von den Er-
leichterungen, die den Vermehrern nach dem neuen
Gesetz zuteil werden sollen und polemisiert aufs neue
gegen die indirekten Steuern. Die Sozialdemo-
kraten ständen auf dem Standpunkt, daß die in-
direkten Steuern beseitigt werden und die direkten
Steuern erhöht werden müssen. Man müsse eben
auch auf die Rechte der Ersten Kammer Rücksicht
nehmen, die Sozialdemokraten würden sonst gerne
einer weiteren Erhöhung zustimmen. Heute sei

es nicht möglich, auf die indirekten Steuern zu
verzichten, aber auf deren Beseitigung könne man
hinarbeiten. Die Sozialdemokraten hätten die
Zivilliste des Großherzogs und die Spannen auch
mit Steuer treffen wollen, sich aber mit einem
Kompromiß zufrieden geben müssen.

Abg. König (natl.) erklärt die Zustimmung der
Liberalen zum Kommissionsantrag, der eine Mehr-
einnahme von zwei Millionen schaffe, wie sie nötig
sei zur Deckung der nötigen Bedürfnisse. Es sei
schmer, da Wünsche zum Schutze der Kleinen durch-
zuführen; wir müßten auch auf die Nachbarländer
Rücksicht nehmen, da wir im Prozentfuß nur von
Württemberg übertroffen werden und uns ganz an
der Oberlinie bewegen. Da die Zahl der oberen
Steuerzahler gering sei, mache eine 10prozentige
Erhöhung nicht viel, während eine Ermäßigung der
Kleinen gleich vielen zu gut komme und dann sofort
eine so große Summe daraus entstehe, daß man
nicht darauf verzichten könne. Mit dem Prozentfuß
könne man nicht hier rechnen, sondern mit den
Summen, die bezahlt werden müßten. Die Gro-
ßindustrie sei bei uns sehr mit Steuern bedacht;
sie solle wenigstens zufrieden erhalten werden durch
entgegenkommende Behandlung auf anderen Ge-
bietern. Unangenehm sei das Steuerzahlen, noch
unangenehmer das Steuererheben. Offenlich
fehle es dafür beim Volke nicht an der nötigen Ein-
sicht.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.) bedauert, daß man
den Wünschen der Kleinen nicht mehr entgegen-
kommen könne, so gerne man das getan hätte. Wei-
ter habe man das Gesetz doch nicht lassen können,
zumal ja die Regierung entgegenkommen sei und
die Familien mit vielen Kindern und die Arbeiter
durch Abzug der Versicherungsbeiträge und die vier
untersten durch Ermäßigung um je 50 Pfg. berück-
sichtigt habe. Auch seine Fraktion sei für höhere
Heranziehung der stärkeren Schulklassen; wenn wir
die Steuer für alle Länder zu machen hätten, könnte
man anders vorgehen. Durch eine zu straffe Anzie-
hung der Steuerhöhe würden viele Vermögen weg-
getrieben und keine neue Industriebetriebe
angezogen. Die Gemeinden jüden Geschäfte durch
allerlei Entgegenkommen anzuziehen, die doch durch
Einnahmen auch Lasten brächten, während der Staat
nur Einnahmen und keine Lasten bekomme. Darum
müsse umsomehr darauf Rücksicht nehmen. Be-
züglich der Steuerheranziehung empfehle Redner
den Generalparabon, den die liberale Regierung ge-
währt und mit dem sie großen Erfolg erzielt hat.
Viele Millionen seien angemeldet worden, als die
Leute die Versicherung hatten, daß nicht über die Sen-
kung dieser Mehraufwendungen nachgedacht werde.
Wenn man nun unrentable Eisenbahnen baue,
müsse eben auch die Allgemeinheit dazu beitragen.

Abg. Schmidt-Bretten (konj.) bezeichnet als Haupt-
vorteil des neuen Gesetzes, daß jeder Steuerzahler
leicht selbst rechnen kann, was er zu zahlen hat nach
dem Tarif, so daß beträchtliche Bergünstigungen für
die kinderreichen Familien, für die Schwächeren uho.
gewährt werden. Der Zentrumsantrag hätte zur
Folge, daß die mittleren Klassen doch beträchtlich ge-
schont würden, da ja die Staatssteuer auch maßgebend
sei für die Gemeindesteuern und darum seine seine
Fraktionsgenossen mit ihm für den Zentrumsantrag.

Die Bevorzugung der Landwirtschaft, von der der
Abg. König gesprochen, sei nur eine scheinbare, keine
tatsächliche, da sie ja nur zu 2 Prozent rentiere. Eine
Steuerheranziehung sei bei der Landwirtschaft gar
nicht möglich wie beim beweglichen Vermögen.

Hier wird abgebrochen.
Nächste Sitzung Montagmittags 4 Uhr.
Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Spezialbera-
tung; 2. das Wohnungs-gesetz; 3. die Einwirkung der
Armenunterstützung auf die Ausübung öffentlicher
Rechte; 4. das Fiskus-gesetz.

Soziales.

Warum keine Erbschaftsteuer?

betitelt sich ein soeben im Verlage der „Neuen Augs-
burger Zeitung“ erschienenes, von einem gewiegten
Parlamentarier verfaßtes Flugblatt, das in
klarer, sehr prägnanter und populärer Weise dar-
legt, daß wir in Deutschland bereits eine Erbschafts-
steuer besitzen, was von den Gegnern des Zentrums
zumeist geflissentlich verschwiegen wird; daß eine
Nachlasssteuer aus verschiedenen Gründen nicht an-
genommen werden konnte und als Hauptpunkt, was
von der Erbschaftsteuer überhaupt zu halten ist.
Das Flugblatt erörtert in feiner präzisen und treff-
lichen Form auch die Stellung der verschiedenen
Parteien in dieser in das Volksleben tief einschnei-
denden und wichtigen Frage und bietet somit eben-
so vorzügliche tunlicht willkommene Stoffe im
Wahlkampf. Es ist zur Volksaufklärung nicht nur
bestimmt, sondern zu diesem Zweck auch bestens ge-
eignet; es kommt sicherlich einem längst gefühlten
Bedürfnis entgegen. Dem Flugblatt ist weiteste
Verbreitung nicht nur wegen seines billigen Preises,
sondern ganz besonders deswegen zu wünschen, weil

Deutschland.

Berlin, 16. April 1910

In der polnischen Partei trübt es sehr stark,
wie der Ausfall der Wahl in Polen zeigt. Um sich zu
schützen hat die Polenfraktion vor einigen Wochen be-
schlossen, nur legale Kandidaten aufzunehmen. Es ent-
scheidet dabei die Frage, ob der von der nationaldemo-
kratischen Partei aufgestellte Kandidat Nowicki nach er-
folgter Wahl in die Fraktion aufgenommen werden wird.
Diese Frage hat eine in Gnesen abgehaltene polnische
Wählerversammlung beschlüsselt. Der anwesende Reichs-
tagsabgeordnete von Grabski konnte die Frage nicht be-
antworten, mußte aber zugeben, daß der Abg. Niderstki,
der seinerzeit auch als Sezessionskandidat gewählt wurde,
erst auf Grund eines besonderen Beschlusses in die
polnische Fraktion aufgenommen worden ist. Hierauf
erklärte der Vorliegende des polnischen Reichstageskomitees
des Reiches Gnesen, namens der Versammlung, daß,
wenn ein Abgeordneter beantragen sollte, Nowicki nicht
in die Fraktion aufzunehmen, die Versammlung dafür
sei, daß auch der Antrag gestellt werde, die beiden Ge-
sellschaften aus Gnesen, die im vorigen Herbst der Reichs-
tagseröffnung im kaiserlichen Schloß beigewohnt hätten,
aus der Fraktion auszuschließen.

o Genosse Kautsky und der Massenstreik.
Die „Neue Zeit“ veröffentlicht die Fortsetzung des
Kautskyschen Artikels: „Was nun?“ Kautsky wendet
sich in diesen Ausführungen weiter gegen die Massen-
streik-Agitation der Genossen Aloja Luxemburg. Er
scheidet unter anderem: Die schlimmste Niederlage aber
wäre es — und auch diese Möglichkeit ist in Betracht
zu ziehen —, wenn wir das Proletariat zum politischen
Massenstreik aufrufen und es nicht in überwältigender
Ueberzahl dem Appell folgte. Wir würden alle die viel-
versprechenden Reime, die die kommende Reichstagswahl
im Schoße trägt, erschiden, wenn wir vor ihr, ohne es
zu müssen, Kämpfe provozierten, die uns schwere Nieder-
lagen brächten. Die Regierung und ihre Parteien könnten
nichts Besseres wünschen. Wir provozierten gerade das,
was sie braucht, um aus ihrer Klemme herauszukommen.
Nicht auf den Massenstreik haben wir heute unsere Agi-
tation zuzuschreiben, sondern jetzt schon auf die kommenden
Reichstagswahlen. ... Fahren wir fort in der bisherigen
Erwartungsstrategie, halten wir uns die Hand frei in
der Wahl unserer Kampfmittel und bitten wir uns vor
einer Agitation, deren innere Logik die wäre, uns in ein
Dilemma zu bringen, das uns zwingen könnte, am un-
rechten Orte und zur unrichtigen Zeit unsere letzten und
schärfsten Kampfmittel zur Anwendung bringen und
dadurch verschwinden zu müssen. ... Was sagt nun
die rote Aloja?

